

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:

Vierteljahr 3.00 Mk. mit Bringerlohn.

Er scheint dreimal:

Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:

Die einpaltige Borgzettel 30 Pfg.

Die Reklamezettel 100 Pfg.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Hömberg, Elisenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 5

Druck und Verlag:
Buchdr. Geinr. Müller, Nassau (Lahn).

Samstag, 10. Januar 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

43. Jahrg.

Kaiser Karls Verrat.

Nach einer Havasmeldung bringen die Pariser Zeitungen ausführliche Auszüge aus den auch von der englischen Presse bereits angekündigten Dokumenten über die geheime Mission des Prinzen Sigismund von Parma im Jahre 1917 beim Kaiser Karl von Österreich.

Danach begab sich der Prinz bereits im Januar auf den Ruf seiner Mutter hin in die Schweiz, da Kaiser Karl wünschte, mit ihm direkt über den Frieden zu sprechen. Er empfing dort einen Brief des Kaisers, der seinen Friedenswunsch bestätigte und teilte seiner Mutter als die seiner Ansicht nach grundlegenden Friedensbedingungen mit. Kaiser Karl erklärte, dass er bereit sei, die Forderungen des Prinzen zu erfüllen, wenn dieser bereit sei, die Forderungen des Kaisers zu erfüllen. Am 13. Februar ist der Prinz von neuem in der Schweiz und empfängt einen Gefandten des Kaisers mit einem Brief des Kaisers. Am 8. März wird der Prinz von Poincaré empfangen, dem er ein Schreiben Czernins zu überbringen hat, das Poincaré aber als unbestimmt und verschwommen empfindet. Ein geheimer persönlicher Brief des Kaisers dagegen ist klar und bestimmt und erklärt: „Wir werden Frankreich unterstützen und einen Druck auf Deutschland ausüben.“ Diesen Brief hält Poincaré für einen Grundlag für Verhandlungen. In die Schweiz zurückgekehrt, tritt der Prinz mit dem Grafen Erdöci zusammen, der vom Kaiser geschickt ist, und überbringt ihm einen von Österreich anzunehmenden Friedensentwurf. Am 23. März treffen sich die Prinzen Sigismund und Laver in der Schweiz mit dem Kaiser auf Schloss Larenburg. Der Kaiser erklärt, alles tun zu wollen, um Deutschland zum Frieden geneigt zu machen; da er die Monarchie dem Wohlbefinden der Nachbarn aber nicht opfern wolle, sei er auch zu einem Sonderfrieden bereit. Einen Tag später überbringt der Kaiser dem Prinzen einen Brief mit genauen Angaben. Am 31. März hat Prinz Sigismund eine Unterredung im Elisee, und am 12. April findet eine Zusammenkunft zwischen dem Prinzen Sigismund und Poincaré statt. Dem Prinzen wird mitgeteilt, dass England dem Plan günstig gesinnt sei. Inzwischen wird auch Italien ins Vertrauen gezogen. Am 25. April hat der Prinz eine neue Zusammenkunft mit Erdöci in der Schweiz. Am 24. Mai überbringt Erdöci dem Prinzen die erwartete Nachricht, dass der Kaiser ihm mitgeteilt habe, ein Abgesandter Cadorna sei vor drei Wochen in Wien gewesen, um Österreich den Frieden gegen Abtretung des Trentino anzubieten. Prinz Sigismund reist darauf nach Wien, er erhält dort ein neuerliches Handschreiben des Kaisers, in dem alle diese Tatsachen zusammengefasst bestätigt werden. Der Kaiser erklärt, er sei entschlossen, seine Pläne durchzuführen, verlange aber Sicherungen. Czernin erklärt, das drohende Ausbrechen des deutschen Hauptquartiers könne ihn nicht einschüchtern; er verlange Verhandlungen. Die dem Brief Kaiser Karls beiliegende Note Czernins verlangt für den Fall von Grenzverletzungen Bürgschaften hinsichtlich der Unverletzlichkeit der Monarchie. Czernin versichert, auf Grund dieser Bedingungen könne Österreich einen Sonderfrieden schließen. Der Prinz hat am 20. Mai Unter-

redungen mit Poincaré und Ribot und 28. Mai mit Lord George und dem König von England in London. Die weiteren Ergebnisse wartet der Prinz in Paris ab. Aber dann zerfällt alles. Der letztgenannte Brief des Kaisers wird von der Entente nicht beantwortet.

Im Anschluß an die Veröffentlichung der Dokumente hinsichtlich des früherzeit geplanten Separatfriedens zwischen Kaiser Karl und der Entente ist der Daily Telegraph in der Lage, zur endgültigen Lösung des Sachverhalts eine fassliche Reproduktion des eigenhändigen Schreibens des Kaisers zu veröffentlichen. Graf Czernins Erklärung, daß ein Separatfrieden mit der Entente angestrebt wurde, wird ebenfalls durch ein fassliche der Note widerlegt, in welcher die Bedingungen niedergelegt sind.

Schlieffens Feldzugsplan.

Am 4. Januar 1913 hat der Generalfeldmarschall Graf Schlieffen, ehemals Chef des Großen Generalstabs. Sein Vermächtnis an den Generalstab war der gewaltige Feldzugsplan für den kommenden Zweifrontenkrieg, den der Feldmarschall mit aller Folgerichtigkeit herausgesehen und berechnet hatte. Und dieser Plan spielte in dem Ertumrense: „Nacht mir nur den rechten Flügel!“ Im Zusammenhang der „Deutschen Revue“ v. General General G. D. n. r. einen Aufsatz über diesen genialen Angriffsplan und wendet sich darin gegen die Auffassung des Generalstabs v. T. r. p. t. h., der in seinem Feldzugsentwurf am 13. März 1915 schrieb: „In der Armeeleitung kein Verständnis für die Bedeutung Englands im Kriege, dagegen absolutes Vertrauen in das Siegesgeheimnis des linken Schlieffens.“ Der Kern des Schlieffenschen Separationsplanes bestand darin, die Masse des deutschen Heeres so anzuordnen, daß die Überlegenheit mit starken Kräften erreicht wurde, und auf den entscheidenden Schlachtfeldern in Nordfrankreich die deutsche Überlegenheit gesichert war. Rinesfalls durfte der rechte deutsche Flügel zugunsten anderer Aufgaben geschwächt werden. Man mußte die französische Kanalküste in der Hand bekommen und das deutsche Heer als einen mächtigen Keil zwischen die Franzosen und die englische Hilfe setzen, um die Verbindung zwischen dem Englischen und dem französischen Festland — möglichst weit längs der Küste nach Süden ausgreifend — zu unterbrechen. Solange diese Aufgabe, so blieb für die englische Unterstützung, soviel sie nicht schon vorher unschädlich gemacht war, für lange Zeit und nur in geringem Maße der Weg über die südfranzösischen Häfen übrig.

General Groener folgert, daß, gerade weil der Schlieffensche Plan nicht richtig durchgeführt wurde, sondern das Siegesgeheimnis bei den Alliierten, das Ziel nicht erreicht werden ist. Weil die Aufgabe, rechtzeitig alle verfügbaren Kräfte auf den äußeren rechten Flügel zu verlagern, nicht erfüllt wurde, sondern die Kräfte dort gesammelt blieben, wo die Entscheidung nicht fiel und nach den Weisungen Schlieffens auch nicht gesucht werden durfte, mangelte die große Operation. Die Folge davon war genau die Erwähnung, die ebenfalls Schlieffen über die Frontalangriffe großer Heere für den Fall festgelegt hatte, daß eine strategische Anfangsentscheidung versäumt war: „Der Erfolg eines solchen Angriffes ist aber auch im günstigsten Falle nur ein geringer. Der Feind wird allerdings zurückgedrückt, wiederholt aber nach einiger Zeit an anderer Stelle den vorübergehend aufgegebenen Widerstand. Der Feldzug schleppt sich hin.“ So hat sich der Feldzug vier Jahre lang weiter hingeschleppt. Noch einmal im März 1918 wurden alle verfügbaren Kräfte auf dem rechten Flügel zusammengezogen, mit dem Ziel, die Kanalküste zu gewinnen. Aber es war zu spät. Da wir 1914 das Siegesgeheimnis nicht befolgt haben, sind wir trotz aller gigantischen Anstrengungen unseres Heeres in eine Ermattungsstrategie hineingeraten, die nicht mehr zum Erfolg führen konnte.

Landwirtschaftliches.

Der deutsche Viehbestand.

Die vorläufigen Ergebnisse der am 1. September 1919 im Reich mit Ausnahme der abzutretenden Gebiete, der bayerischen Pfalz und von Birkensfeld vorgenommenen Viehzählung ergeben bei den Rindern einen Bestand von 16 423 832 Stück. Davon Rinder unter 3 Monate 1 675 334, Jungvieh (von 3 Monaten bis 2 Jahren) 5 105 143, Bullen, Stiere und Ochsen 993 181, Kühe, auch Färken und Kalbinnen 8 650 171, Milchkuhe 7 717 969, Rinder über 3 Monate 14 748 498 Stück. Der Vergleich mit der Zählung am 2. Juni 1919 zeigt, daß die Zahl der Rinder unter 3 Monaten in den gleichen Zählbezirken um 18,6 Prozent gesunken ist. Diese Abnahme ist dadurch zu erklären, daß die Hauptkalbzeit zwischen dem 1. März und dem 31. Mai liegt. Die über 3 Monate alten Rinder haben eine Vermehrung um 2,6 Prozent erfahren, und zwar das 3 Monate bis noch nicht zwei Jahre alte Jungvieh um 6,8 Prozent, die Bullen, Stiere und Ochsen um 0,8 Prozent und die Kühe, Färken und Kalbinnen um 0,5 Prozent. Die Zunahme des über 3 Monate alten Jungviehs ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Rinder bei der Zählung am 2. Juni 1919 eine Vermehrung von 28,2 Prozent zeigte.

Trotz des erheblichen und natürlichen Ralhberrückgangs ist die Gesamtzunahme des Rindviehbestandes nur sehr gering, nämlich 2537 Stück oder 0,01 Prozent gegenüber der vorangegangenen Zählung.

Die Zählung der Schweine am 1. September 1919 hat einen Gesamtbestand von 11 156 853 Stück ergeben. Davon Ferkel unter 8 Wochen 2 641 379, 8 Wochen bis 1/2 Jahr alte Schweine 4 610 058, 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine 2 596 731, 1 Jahr alte und ältere Schweine 1 308 690 Stück.

Gegenüber der Zählung vom 2. Juni 1919 weisen sämtliche Altersgruppen eine Zunahme auf, und zwar die der Ferkel um 15,1 Prozent, der 8 Wochen bis noch nicht 1 Jahr alten Schweine sogar 75,2 Prozent und der 1 Jahr alten und älteren Schweine um 25,8 Prozent. Die Gesamtzahl der Schweine ist gegen die vorige Zählung um 29,5 Prozent gestiegen.

Im tranken Eternhaus.

Roman von E. v. Winterfeld-Warnow.

5

Klara durchdringt ein seltsames Brauen. Aber sie trat beiläufig näher zu der Schwester heran und bat freundlich: „Komm, Gille, wir wollen einmal in Ruhe zusammen sprechen. Aber nicht hier. Ich lasse die Lampe bringen, und wir legen uns bequemlich ins Sofa.“

Gille schüttelte die Hand ab. „Ich bin kein krankes Kind, das man mit beruhigendem Wort trösten muß. Meinst Du, ich wüßte nicht, weshalb Du mich nicht von Berlin kommen ließt? Weshalb Du mir Waters letzten Segen vorenthalten hast? Weil Du mich hier nicht mehr gebrauchen konntest! Du warst Waters Beste! Du mußt bis zuletzt um ihn sein. Du hast auch um dies Testament gewacht! Um Deinen Willen ist es gemacht worden! Damit Du auch fernherhin die führende Rolle bei uns spielen könntest!“ Sie lachte höhnisch auf. „Siegelebensheerin — ich! Wenn wir unser Vermögen bekommen hätten wie die anderen, dann ginge ich jetzt wieder nach Berlin, liebe meine Stimme ausbilden und würde Opernsängerin. Im warmen Nest sitzen, das paßt für Dich, aber nicht für mich. Meine ersten Jugendjahre sind schon dahin, ohne daß mein heißer Wunsch in Erfüllung gehen konnte. Vater haßte die Bühnenlaufbahn für eine seiner Töchter. Gut, ich habe gehorcht, so lange Vater lebte. Jetzt endlich wollte ich frei sein, und nun bindet er mich auch nach dem Tode.“

Gille! Klara schrie er auf in Entsetzen. „Warum schreist Du so? Meinst Du, ich liebte Vater nicht? Meinst Du, ich betrauerte ihn nicht? Wer ihn heißer von uns geliebt hat, Du oder ich, wer weiß das! Denn ich habe ihn vergöttert. Sein fester Sinn, sein Zielbewußtsein waren mein Ideal. Ich fühlte mich ihm innerlich verwandt, wenn ich auch äußerlich ganz Mutters Ebenbild sein soll. Und deshalb fügte ich mich ihm. Aber jetzt will ich frei sein, ich will nicht unter Deiner Oberhoheit hier vegetieren, ich will leben, leben und Euch allen zeigen, was ich kann!“

Sie stand auf und reckte sich in die Höhe. Die schlanke Gestalt wirkte noch größer und stattlicher in dem tiefen

Schwarz der Trauerkleidung. Das blonde Haar stand wie eine Krone über dem totenbleichen Gesicht, in dem die großen Augen in düsterem Feuer brannten.

„Gille,“ flüchte Klara, „höre mich doch, Du tust mir unrecht. Ich habe keine Ahnung von dem Testament gehabt. Ich war genau so erschrocken darüber wie Du! Ich hätte Dich ja kommen lassen, aber Vater wollte doch nichts davon hören. Er wurde aufgeregt, wenn ich davon anfangte; er fragte dann gleich, ob Doktor Ewald es verlangt habe, ob es zu Ende gehe. Wilhelm kam doch täglich, er wird Dir das selbe sagen. Wie oft habe ich mit Wilhelm davon gesprochen, daß ich Dich rufen wollte. Er meinte aber auch, wir dürften es nicht tun, um Vater nicht zu erregen.“

„Und wüßtest Du auch behaupten, daß Du nichts von diesem Testament gewußt habest? Wenn ich alles glaube, das glaube ich nicht!“

Klara trat der Schwester wieder näher. „Und Du mußt mir glauben!“ sagte sie, nun auch in Erregung. „Wie kannst Du denken, ich hätte damit Euch allen einen Zwang antun, Euch in Verhältnisse hinein drängen wollen, denen ich mich selbst nicht einmal gewachsen fühle! Ich hatte mich jetzt eben zu dem festen Entschluß durchgerungen, Waters Bestimmungen mit freudigem Herzen zu erfüllen, es wenigstens mit dem besten Willen zu versuchen. Nun machst Du es mir wieder so schwer!“

Gille lachte abermals höhnisch. „Ich mache es Dir schwer, das ist wirklich zum Lachen! Reicht will ich es Dir machen, ich will Dir das Feld räumen, alles will ich Dir überlassen! Du kannst allein regieren und Geld zusammenscharren. Ich — ich gehe fort, ich lasse alles im Stich, auf eigenen Füßen will ich stehen, und wenn ich dabei verhungern soll! Und wenn ich auf der kleinsten Schmierblase anfangen soll, ich werde Euch allen zeigen, was ich kann. Im warmen Nest sitzen, ha, ha, ha. Mich freiert, wenn ich an die Bange weile und die Oede dieses warmen Nestes denke!“

Sie lachte schief auf, lachte wie wild und toll, bis sie auf den Klavierstuhl zurücklief, auf dem sie gesessen hatte. Sie warf die Arme auf das harte Holz des Flügel, der Kopf fiel schwer darauf nieder, und sie lachte weiter, bis das Lachen in Weinen, in wildes Schreien umschlug. Ein Weinkampf wie ihn Eberhard gefürchtet und vorausgesehen hatte.

Klara wollte sie sanft umfassen. Aber Gille schlug nach ihr, und das Schreien wurde stärker.

Da wachte Klara sich keinen Rat mehr, sie flog zur Klingel und läutete heftig.

Dem eintretenden Mädchen rief sie nur zu: „Holen Sie meinen Bruder!“

Doch Eberhard hatte schon in Sorge gewartet, wie die lange Unterredung der Schwestern enden möchte. Er hatte das Klingeln gehört und dann auch die lauten Schreie. Er war in demselben Augenblick zur Stelle und hob mit fester Hand den Oberkörper der Schwester.

„In Gilles Zimmer,“ sagte er nur über die Schulter zu Klara.

Sie öffnete die Tür und ging voran. Dann nahm er Gille mit sanfter Gewalt in den Arm und trug sie mehr, als daß er sie führte, zu ihrem Zimmer. Hier sagte er nur wieder kurz: „Gill mir!“

Er legte die jetzt ganz Willenslose aufs Bett und entkleidete sie mit Klaras Hilfe.

„Etwas Wasser!“

Klara holte ein Glas. Der junge Arzt schüttelte ein Pulver das er mitgebracht hatte, hinein und sagte nur wieder kurz und ernst zu Gille: „Trink!“

Sie wollte ihm das Glas aus der Hand schlagen.

„Bist Du ein Kind, Gille? Trink!“

Er hielt ihr das Glas an die Lippen, hob ihren zurückgefunkenen Kopf mit seiner freien Hand ein wenig und ließ ihr die ersten Tropfen ein.

Blöcklich sah sie zu und trank gierig das Glas aus.

Beliebig nickte er der Schwester zu, sagte aber wieder nur fest und ernst: „Jetzt wirst Du schlafen!“ Sie zuckte empor, als wolle sie sich noch einmal gegen ihn auflehnen. Doch der Kopf sank zurück, die Augen schlossen sich in halber Betäubung. So lag sie eine Weile.

Eberhard beobachtete sie scharf. Die zuckenden Atemzüge wurden gleichmäßiger, die Brust hob sich ruhiger, die verzerrten Gesichtszüge glätteten sich. Sie schlief.

Klara stand mit ängstlich gestalteten Händen daneben. Verwundert strich er über diese zitternden Finger. Er schloß.

Ein geistiger Vergleich mit den am gleichen Tage des Vorjahres festgestellten Ergebnissen der Zählung der Schweine ist wegen der Ausdehnung der oben angeführten Bezirke nicht möglich, jedoch zeigt sich gegenüber dem Vorjahre eine beträchtliche Vermehrung des Bestandes.

Die Zahl der Schafe weist mit 5 823 957 Stück gegenüber der Zählung vom 2. Juni 1919 eine Abnahme um 6,1 Prozent auf. Die Abnahme ist daraus zu erklären, daß die Lammzeit der Schafe in die ersten Monate des Jahres fällt und im August bereits ein größerer Teil der Schafe zu Schlachtweiden abgehoben wird.

Keine Lebensmittelnot.

Die beunruhigenden Mitteilungen über einen in der nächsten Zeit bevorstehenden Zusammenbruch der Brotgetreideversorgung sind nach einer Meldung aus Berlin unrichtig. Es trifft vor allem nicht zu, daß die Reichsgetreidekasse nur noch für 14 Tage die Versorgung werde aufrecht erhalten können. Sie ist vielmehr auf Grund der erfolgten Lieferungen und der ihr zurzeit angekauften Verladungen von Getreide auf circa 1 bis 1½ Monate eingelegt. Auf Grund der bisher gesammelten Erfahrungen ist ein Steigen der Anlieferungen, die die Versorgung weiter sicher stellen, um so eher zu erwarten, als die deutsche Getreideernie nicht ungünstig war und eine gewisse Zurückhaltung in den Anlieferungen im Dezember vorigen Jahres nur darauf zurückzuführen ist, daß man in landwirtschaftlichen Kreisen die Einführung der Ablieferungsprämien abwartete, deren Kommen durch mit Vertretern der Landwirtschaft gepflogenen Besprechungen bereits bekannt war. Hinsichtlich des gegen Ende des Erntejahres zu erwartenden Defizites wird eine Deckung durch entsprechende Einfuhr sicher gestellt werden. Durch die kürzlich getroffene Neuordnung der deutschen Warenausfuhr ist bestimmt zu erwarten, daß die Regierung ausreichende ausländische Devisen in Händen haben wird, um den notwendigen Getreidebedarf auch für den Schluß des Versorgungsjahres sicher zu stellen.

Wie der Berliner Volksanzeiger hört, sind von der Reichsregierung die Vertreter der deutschen Landwirtschaft nach Berlin berufen worden, um über eine großzügige Aktion in der Volksernährung zu beraten. Die Beratungen werden in der nächsten Woche im Reichswirtschaftsministerium beginnen. Welche Stellung die Ernährungsbehörde einzunehmen und ob sie sofort mit bestimmten Vorschlägen an die Landwirtschaft herantreten wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Doch soll damit zu rechnen sein, daß die Regierung die Zwangswirtschaft ausheben oder doch in erheblichem Maße mildern wird.

Die Kaiserbriefe.

Aus den Kaiserbriefen geben wir heute den folgenden Abschnitt eines Briefes wieder, aus dem hervorgeht, daß Wilhelm 2. sich auch als Marineschriftsteller betätigt hat. Der Kaiser schreibt an den Jar:

„Ich schickte Dir ein Exemplar der „Marine-Rundschau“ mit einem Artikel über gepanzerte Kreuzer, geschrieben von V. Dieses V ist eine Waise, hinter der ich mich verborge. Ich habe ihn geschrieben, aber niemand, außer Tirpitz, hat die geringste Ahnung davon. Als Material für meinen im November geschriebenen Artikel gelang es mir, sehr interessante Einzelheiten über „Albatros“ und „Möna“ zu bekommen, die für Argentinien gebaut, aber nun von England Japan geschenkt worden sind. Diese Risse, die vollkommen „geheim“ sind und nur auf ausdrücklichen Wunsch des Präsidenten der Argentinischen Republik vorgelegt worden sind, hat mir Molloy geschickt. Da diese Schiffe sich wahrscheinlich interessieren, sende ich Dir einen Atlas für Deinen persönlichen Gebrauch. Ich halte diese Schiffe für den vollkommensten Typ des gepanzerten Kreuzers, denn trotz der kleinen Tonnage sind sie sehr gehaltvoll. Sie kosten jedes 15 Millionen Franken, was nicht viel ist. Mögen Deine Leute nicht gegen diese Schiffe zu kämpfen haben! Es ist wirklich sehr schade, daß Du sie nicht gekauft hast. Der Zeitungsabschnitt zeigt Dir, was ein gewisser Staat Neutralität nennt.“

Mit den besten Wünschen für ein Jahr des Glücks und Friedens und in der Hoffnung, mit Dir in diesem zusammen zu kommen, wie mit herzlichsten Grüßen für Alig immer

Dein Dich liebender Willi.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— * Wie verlautet wird die Veröffentlichung des Obersten Reinhardt'schen des Reichswehrministers mißbilligt. Es handelt sich um die Weitergabe vertraulicher dienstlicher Gespräche mit Vorgesetzten, deren Bekanntgabe bisher nicht üblich gewesen ist. Zudem enthält die Veröffentlichung Reinhardt's, die sich offenbar nur auf Erinnerungen stützt, Unzutreffendes. Insbesondere wird die Behauptung, General v. Büttner habe Reinhardt seine Beförderung zum General versprochen, wenn er den Abschied nehme, von allen Beteiligten auf das Entschiedenste in Abrede gestellt.

— * Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ mitteilt, erwiderte Finanzminister Erzberger auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung, daß u. a., es befinde die Absicht, die Beamtenbesoldungsnevelle den gesetzgebenden Körperschaften zunächst so zutreffend vorzulegen, daß sie zum 1. April d. J. in Kraft gesetzt werden könne.

— * Unter dem Vorbehalt des Ministerialdirektors von Stachammer haben im Reichsfinanzministerium eingehende Verhandlungen der Reichsfinanzverwaltung mit Vertretern der Arbeitsgenossenschaften und der Organisation der Zoll- und Steuerbeamten über die für die neue Besoldungsordnung in Aussicht zu nehmende Einstellung der Beamtenschaft in Besoldungsgruppen stattgefunden.

Bulgarien.

Die Telegraphen-Agentur Tacia meldet aus Sofia: Ministerpräsident Stamboulski wurde auf seiner Rückreise von Belgrad von Volkselementen angegriffen. Er entkam mit großer Mühe. Seine Belgrader Mission ist vollkommen mißlungen, da die Belgrader Regierung kein Vertrauen zu Bulgarien hat. Die bulgarische Regierung ist zurückgetreten. Die Sozialisten sind bestrebt, mit Danev das Kabinett zu bilden.

Das besetzte Gebiet.

Ludwigshafen. Die Franzosen haben die Veröffentlichung der neuen deutschen Steuergeetze für die besetzten Gebiete vorläufig nicht anerkannt. Soweit Erklärungen der französischen militärischen Behörden für das Besetzungsgebiet vorliegen, soll die Verwendung der im besetzten Gebiet eingegangenen Steuern der Kontrolle einer nach der Friedensratifikation einzusetzenden affizierten Kommission vorbehalten bleiben.

Basel. Die Preisinformation meldet aus Paris: Der Oberste Rat beschloß, nach erfolgter Ratifizierung des Friedensvertrages eine allgemeine Amnestie für alle im besetzten Gebiet wegen Vergehens gegen die Vorschriften der Besatzungsbehörden bestraften oder noch abzuurteilenden Personen zu erlassen. Die Amnestie findet auch Anwendung auf Kriegergefangenen und das Saargebiet.

Die Eisenbahnerbewegung.

Die Lohn- und Gehaltsbewegung, die zurzeit unter den Arbeitern und Beamten der preussisch-hessischen Bahnen in Fluß gekommen ist und einen hohen Grad von Leidenschaft angenommen hat, droht dem ganzen privaten und öffentlichen Leben, besonders aber unserer im Wiederaufbau befindlichen Volkswirtschaft einen Stoß zu versetzen, dessen Folgen, wie bei allen derartigen jugendlichen Bewegungen, von vornherein unüberschaubar sind. Die Eisenbahner im besetzten Gebiet beobachten bei ihren Dienstverrichtungen eine „passive Resistenz“ und im Hintergrund lauscht bereits die Forderung mit dem in all seinen Folgen und Begleiterscheinungen für das deutsche Wirtschaftsleben vernichtend wirkende Generalkrieg.

Ueber die Bewegung selbst liegen nachfolgende Meldungen vor, aus denen der Ernst der Lage zur Genüge hervorgeht:

Frankfurt. Zwischen sämtlichen Frankfurter Eisenbahnorganisationen ist in Anbetracht der gemeinsamen Interessen bei der Eisenbahnerbewegung Friede geschlossen worden. Die Organisationen wenden sich in einem gemeinsamen Aufruf an die Bevölkerung, in dem sie die Bewegung als einen Existenzkampf aller Eisenbahner bezeichnet, der durch die Kurzsichtigkeit und Verschleppungspolitik der Regierung heraufbeschworen worden sei. — Die Eisenbahndirektion teilt mit, daß in dieser Woche auf sämtlichen Güterbahnhöfen Frankfurts kein Reisepersonal angenommen wird.

Düsseldorf. Der Zugang zum Hauptbahnhof wurde gesperrt. Es werden nur noch wenige Reisende aus dem Gebäude herausgelassen, die mit den Kagen von auswärts hier eintreffen. Fahrkarten werden nicht mehr ausgegeben. Auch die Postverbindung mit der Eisenbahn hat hier aufgehört. Die Leitungen der Eisenbahner-Gewerkschaften haben bisher den Ausstand noch nicht ausgerufen. Auch die Bezirksleitung in Elberfeld steht zurzeit einem Ausstand noch ablehnend gegenüber.

Sachsen. Nachdem ein Teil der Eisenbahnarbeiter auf dem Rangierbahnhof Dortmund in den Streik getreten ist, beschloßen die Arbeiter des Bahnhof Rangierers ebenfalls in den Streik zu treten.

Köln. Drei von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Elb-Elberfeld, einberufene große Versammlung in Köln, Aachen und Düren, nahmen zu den schwebenden Gehalts- und Teuerungszulagen Stellung. In einer Entschließung wird anstatt der Gewährung einer gleichmäßigen Teuerungszulage von 50 Proz. aus sozialen Rücksichten folgende Abufung gefordert: 175 Proz. Teuerungszulage für die unteren Einkommen, 150 Proz. für mittlere und 100 Proz. für höhere Einkommen. Die neue Lohn- und Gehaltsregelung soll außerdem sofort in Angriff genommen werden.

Die Verhandlungen.

Die in Berlin stattfindenden Verhandlungen über den Eisenbahnlohn sind bis zur Frage des Tarifs gelangt. Die Regierungsvertreter erklärten, daß die beteiligten Minister den größten Wert darauf legen, über die für die Eisenbahnarbeiter wichtige Frage sobald als irgend möglich, zu einer Einigung zu kommen. Die sachlichen Vorschläge sind bereits in einem wichtigen Teil zu einem Ergebnis gelangt. Als oberste Wirtschaftsklasse wurde eine solche vereinbart, in der der Stundenlohn für einen Arbeiter von über 24 Jahren auf 3,50 Mark festgesetzt wird. Darüber hinaus soll jedoch eine Ausnahmestufe allen für Berlin geltend gemacht werden, in der der Lohn 3,60 Mark betragen soll. Es steht zu hoffen, daß die Verhandlungen ruhig fortgeschritten, da auf beiden Seiten das Bestreben herrscht, positive Arbeit zu leisten und den überaus umfangreichen Stoff so bald wie möglich zu meistern.

Zur Friedensfrage.

Havas meldet: Die Antwortnote der Alliierten auf die deutsche Note, die eine Reduktion des Bestandes der Besatzungstruppen in den Abtötungsgebieten verlangt, erklärt, daß das deutsche Verlangen nicht in Erwägung gezogen werden könne. In diplomatischen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß der Austausch der Ratifikationsurkunden Samstag stattfinden wird. In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich den Sachverständigenkommissionen entgegenstellen, ist es immerhin möglich, daß der Austausch bis Montag verschoben werden wird.

Aus Paris wird gemeldet: Die Konferenz der drei Ministerpräsidenten, die Ende dieser Woche in Paris zusammenkommen, wird sich nach dem „Matin“ sehr wahrscheinlich zuerst mit der Abtötungsfrage befassen, aber nicht mit dem Schicksal Konstantinopels. Clemenceau habe, wenn diese Frage behandelt werden sollte, nur noch acht Tage Ministerzeit vor sich. Er müßte also die Verhandlungen beginnen, die er nicht zu Ende führen könne. Danach wäre es besser, wenn er die Sorgen der Lösung dieser Fragen seinem Nachfolger überließe.

Scapa Flow.

Wie der Pariser Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ meldet, würden sich in der Scapa Flow-Angelegenheit die gegnerischen Parteien auf einer mittleren Linie von 270 000 Tonnen des zu liegenden Eisenmaterials einigen, nachdem von Seiten der Alliierten 400 000 Tonnen und von Seiten Deutschlands 240 000 Tonnen vorgeschlagen worden waren. Bisher hat die deutsche Delegation ihren Einspruch nur mit Irthümern der Statistik, nicht aber mit wirtschaftlichen Unmöglichkeiten begründet.

Der Oberste Rat.

Nach einem Beschluß des Obersten Rates sollen in

den deutschen Abstammungsgebieten unmittelbar vor dem Einmarsch der Ueberwachungsgruppen des Verbandes die Ortsbeiräte der kommunistischen Partei aufgestellt und ihnen die kommunistische Propaganda unterlag sein.

Die Amerikaner.

Der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post“ meldet, daß Bryan seinen Einfluß darauf verwenden werde, die Ratifikation des Friedensvertrages zu sichern. Wegen der Krankheit Wilsons ist Bryan gegenwärtig die treibende Kraft in der demokratischen Partei. Das einzige Mittel, um aus der Sackgasse herauszukommen, ist, die Vermittlung London in Anspruch zu nehmen. Wenn die britische Regierung mit Billigung der Alliierten zur Kenntnis brähe, welche Vorbehalte sie anzunehmen bereit wäre und welche sie zu verwerfen müßte, so würde eine Brücke gefunden, um alle Gruppen des Senats befriedigen zu können.

Wilson.

Nach einem Bericht der „New-York-Times“ wird Wilson in einer Botschaft, die am demokratischen Liner von Jackson Bay verlassen wird, einen neuen Appell zugunsten des Völkerverbandes erlassen. Man glaubt, daß die Botschaft einen großen Einfluß auf die Debatte im Senat haben wird und daß sie den Anhängern des Völkerverbandes die Gelegenheit bieten würde, einen neuen Appell an das Land zu richten, damit es auf der sofortigen Ratifikation des Vertrages bestünde.

Allerlei Nachrichten.

Rudendorff.

Tabasso veröffentlicht in der „Stampa“ eine Unterredung mit Rudendorff. Darnach erklärte er, allen Parteintrigen fernzustehen, dagegen werde er an den nächsten Wahlen vorwiegend aktiv teilnehmen, weil Deutschland heute der tätigen Mitarbeit aller seiner Söhne bedürfe.

Die Auslieferungsfrage.

Wie die „P. B. A.“ mitteilt, findet keine Auslieferung deutscher Offiziere und Beamte an Polen statt. Bei den Verhandlungen über den sogenannten deutsch-polnischen Amnestievertrag sei völlig klar festgestellt worden, daß die polnische Regierung auf die ihr nach Art. 228 des Friedensvertrages etwa zustehenden Rechte verzichten habe. Damit hat sich die polnische Regierung aller Rechte auf Bestrafung oder Auslieferung von deutschen Reichsangehörigen begeben.

Die Kaiserfamilie.

Wie aus Berlin gemeldet wird, beabsichtigt Prinz Joachim von Preußen, der 1890 als Sohn des Kaiserpaars geboren wurde und sich 1916 mit der Prinzessin Maria Auguste von Anhalt verheiratet hat, sich von seiner Gattin scheiden zu lassen. In Familientreffen ist die Frage einer Trennung schon seit langem erörtert worden. Die Ehe war von Anfang an nicht gerade glücklich und es soll schon des öfteren die Möglichkeit einer glücklichen Trennung besprochen worden sein. Nach außen hin war diese Absicht einer Scheidung bisher nicht in die Erscheinung getreten.

Jeder tatsächlichen Begründung entbehrt das Gerücht von einer Scheidung des Prinzen August Wilhelm. Diese Ehe ist außerordentlich glücklich. Der Prinz weilt mit seiner Familie in Rheinsberg und von keinem der beiden Ehegatten ist bisher jemals auch nur der Wunsch nach einer Trennung angedeutet worden.

Ein Familienrat.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Von zuverlässiger Seite verlautet, daß nach der Ratifizierung des Friedensvertrages vom deutschen Kaiser ein Familienrat der Hohenzollern einberufen wird, der wahrscheinlich in Holland stattfindet. Vermutungen jedoch, daß in diesem Familienrat die künftige politische Haltung der Hohenzollern beraten werden soll, werden als nicht zutreffend bezeichnet. Die Vermögensabfindung sowie der dauernde Aufenthalt des Kaiserpaars und der Hohenzollernprinzen befinden sich unter den Fragen, die im Familienrat besprochen werden sollen.

Der Papst und die Frauenmode.

Der Papst hat bei einem Empfang von Mittels- und adligen Familien eine Rede gegen die Auswüchse der Frauenmode gehalten. Der Papst forderte den Adel auf, bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Moral mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Frauen müßten ihre Aufgabe darin erblicken, mitzuwirken bei der Bekämpfung der Unmoral, den Auswüchsen der Mode müßten sie energig entgegenzutreten. Die während des Krieges bewiesene Nachsicht müßte erhalten bleiben.

Amerikanischer Kredit.

Die Kammerkommission der Budgetkredite hat nach einer Meldung aus Washington den Schatzsekretär ersucht, die Möglichkeit neuer Anleihen zur Belieferung Europas mit Lebensmitteln mit ihr zu beraten. Ferner fordert sie die Diskussion über die Frage, ob der Schatzsekretär die Periode, während welcher die Zinsen der europäischen Anleihen nicht entrichtet werden, nach seinem Belieben festsetzen darf oder ob der Kongreß hierüber zu entscheiden habe.

Kleine Chronik.

Guter Gang. Aus Berlin wird gemeldet: Dem Kriminalkommissar Quenger und seinen Beamten gelang es die verurteilten Einbrecher und Räuber des Kriminalpolizeiamtlers Erdmann, die Geisler Emil und Erich Strauß zu verhaften. Sie hielten sich unangemeldet in der Kopenhagener auf. Beide wurden gefesselt nach dem Polizeipräsidium gebracht. Bei den Vernehmungen wurden Pistolen und Hand-Dum-Geschosse gefunden.

Handgranatenstreich. Wegen den „Hellsinger Anziger und Boten“ in Anna u. B. wurde ein Handgranatenstreich verübt. Von zwei gegen den Maschinenhaal geworfenen Handgranaten explodierte eine im Gang. Durch den Aufschlag wurden die Fensterscheiben des Saals zertrümmert, verletzt wurde niemand, trotzdem sich sämtliche Angestellte in der Eile in die Flucht begeben. Die Polizei fahndet nach den Tätern.

800 Tote. Nach einer Meldung aus Mexiko hat das Erdbeben bei Veracruz 800 Todesopfer gefordert.

Falsche Banknoten. Aus New-York wird berichtet: Bei der Verhaftung der extremen politischen Agenten in den Vereinigten Staaten hat die Polizei fest-

gestellt, daß eine allgemeine bolschewistische Verschwörung besteht zu dem Zweck, den Weltmarkt dadurch zu vernichten, daß man die alliierten Länder mit gefälschten Banknoten überschwemmt. Es sollen falsche englische, amerikanische, französische und italienische Banknoten im Betrage von vielen Millionen Dollars angefertigt werden, um über die ganze Welt verbreitet zu werden.

Paris. Kammer und Senat sind für den 17. Januar zur Nationalversammlung nach Versailles einberufen worden, um die Neuwahl des Präsidenten der französischen Republik für die kommenden sieben Jahre vorzunehmen.

Paris. Die polnische Friedensdelegation suchte beim Obersten Rat um die Erlaubnis nach, Kriegsmaterial in Deutschland kaufen zu dürfen.

Amsterdam. Der „Nieuwe Rott. Courant“ meldet: Die Nordholländische Besatzung hat sich mit der Regierung geeinigt, daß die Arbeiterpartei zur Übernahme der Regierung ungeeignet sei.

Genève. (Schweiz) Unglück 40 Tausend des hiesigen Gefängnisses haben den Hungerstreik begonnen.

Berlin. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß über die Kriegführung beginnt seine Vernehmung am 18. Januar wieder.

Berlin. Nach dem „Berl. Volksblatt“ hat die Auslandsbewegung der Eisenbahnen zu weiteren Stilllegungen im Bezirk Düsseldorf und Bezirk Hagen geführt. Auch in Sachsen sind die Eisenbahnen in den Streit getreten; doch ist man in dortigen Verwaltungskreisen der Ansicht, eine baldige Einigung zu erzielen.

Mainz. Wie das „Echo des Rheins“ zu berichten weiß, sollen auf Befehl von Litzow, des französischen Oberkommandos bei der internationalen Rheinlandkommission, die aus dem Rheinland gebürtigen Gefangenen bei der Heimkehr aus Frankreich, die unverzüglich einreisen werden, vorzugsweise berücksichtigt werden.

Hamburg. Die Entente-Kommission zur Feststellung des deutschen Hafensmaterials hat nach Besichtigung hiesiger deutscher Ost- und Nordseehäfen ihre Arbeit beendet.

Ein Marmruf.

Vor kurzem erhielten die Vertreter der Stadt Berlin vom Wirtschaftsminister und den anderen Vertretern der Regierung die Auskunft, daß hinsichtlich der Ernährung der nächsten Monate keine Sorgen zu hegen seien. Die Versorgung mit Brot und Kartoffeln sei bis Mitte Februar gesichert. Und danach erwarte man Erfolg von den neuen Getreidelieferungen.

Ganz anders sieht die Sache der früheren Unterstaatssekretär im Reichsministerium, jetzt Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, Geh. Rat E. v. Braun an, der in einem Artikel im „Tag“ die Gefahr einer allbaldigen Hungersnot an die Wand malt. Wir geben hier einige Stellen aus dem Artikel wieder:

„Alles Flämschmieden für die Zukunft tappt im Dunkeln, solange der nächstliegende Feind nicht besiegt ist, und das ist die drohende Hungersnot. Ich spreche diese Wahrheit aus gegenüber den schönfärbischen Versicherungen der Regierung im vollsten Bewußtsein der Verantwortung, die man durch eine solche Beunruhigung der Bevölkerung übernimmt. Ich gehöre nicht zu den Schwarzsehern und glaube auf Grund meiner fünfjährigen Tätigkeit im Ernährungswesen einen Ueberblick wie wenige zu haben. Aber wenn ich alle günstigen Möglichkeiten ins Auge fasse: Wir tanneln an einem Abgrund entlang, der das Grab von Millionen werden muß, wenn wir nicht rechtzeitig umkehren. Was wir im letzten Jahr mit Schaudern in Wien sich abspielen sahen, wo das große Sterben erst beginnt, das wird im nächsten Jahr Berlin, Dresden und Leipzig und das Industriegebiet im Westen erleben, wenn mit gleicher Nachlässigkeit weiter gewirtschaftet wird wie bisher.“

Mit den Worten, führt Braun weiter aus, stehe es noch schlechter. Bis zur nächsten Frühkartoffelernte reichen sie nicht. Der Artikelsschreiber sieht einen Weg zur Abhilfe einmal hinsichtlich der Verständigung mit der Landwirtschaft, in direkten Vereinbarungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern mittels Lieferungsverträgen zwischen Städten und landwirtschaftlichen Genossenschaften u. dergl.

Angeichts der unübersehbaren Gefahr, auf die hier hingewiesen wird, wird die Regierung nicht umhin können, sich zu den Behauptungen des früheren Unterstaatssekretärs zu äußern.

Von Nah und Fern.

•• Nassau, 8. Januar. Nach einer Bekanntmachung des Herrn Regierungspräsidenten im Regierungsblatt vom 3. Januar 1920 ist die Wahl des Städtischen Herrn Karl Unverzagt zum Beigeordneten der Stadtgemeinde Nassau bestätigt worden.

•• Nassau, 8. Jan. (Schöffengerichtssitzung.) Heizer P. Th. und Dreher P. R. beide aus Rhendt werden wegen gemeinschaftlichen Diebstahls zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt. — Mehger J. A. aus Seelbach wird wegen Vergehens gegen die Schlicht- und Schleichhandelsbestimmungen zu 3 Tagen und 1500 M Geldstrafe verurteilt. — Mehger E. M. aus Nassau wird wegen Vergehens gegen die Schlicht- und Schleichhandelsbestimmungen mit 3 Tagen Gefängnis und 500 M Geldstrafe bestraft.

Nassau, 8. Januar. Wie aus von Herrn Jlk, welcher einige Wochen in Salzburg (Österreich) weilte, mitgeteilt wird, herrscht dort, insbesondere unter der Stadtbevölkerung, ein entsetzliches Elend. Die Bewohner von Stadt und Land Salzburg erhielten seit vergangenen Juli im ganzen Tage 2 kg. Kartoffel. Dies kommt daher, daß in den Bergländern Salzburg, Nordtirol und Obersteiermark weder Kartoffel noch Getreide gezogen werden kann und diesen Provinzen ihre früheren hauptsächlichsten Bezugsquellen, Ungarn und Böhmen verschlossen sind. — Auch aus dem benachbarten sehr fruchtbaren Teile Oberösterreichs darf nichts mehr nach Salzburg ausgeführt werden, da alle Erzeugnisse dieses Landes, soweit sie nicht im Lande selbst gebraucht werden, nach Wien, wo das Elend gleich groß ist, abgeliefert werden müssen. — Durch andauernde Streiks, sowie den damit verbundenen Kohlen- und Holzangel (Holz wird in der Stadt pro Pfund für eine Krone verkauft) und Einstellung des gesamten Eisenbahnverkehrs, ist Salzburg auch nicht mehr in der Lage seine Haupterzeugnisse, Erze und Salz als Austauschobjekte gegen Lebensmittel zu beschaffen. — Der weitaus größte Teil der Arbeiterbevölkerung bezieht gegenwärtig Arbeitslosenunterstüt-

zung und betreibt nebstbei den Schleichhandel, in welchem ungeheure Summen umgesetzt werden, da begreiflicher Weise jeder Preis für Lebensmittel angelegt wird. Es sind daher die Familien der wirklich arbeitenden Bevölkerung und besonders des Mittelstandes und der Beamtenklasse welche, wenn nicht baldigst eine Aenderung dieser entsetzlichen Zustände eintritt, langsam verhungern müssen. — Das Brot (2 Pfd. pro Woche), welches aus Maismehl und Kleie hergestellt wird, ist beinahe ungenießbar. — An Fett wird monatlich pro Kopf 50 Gramm verteilt, infolgedessen sind die Hauptnahrungsmittel, weiße Rüben und Sauerkraut, die so gegessen werden müssen. — Für Kleider, Schuhe, Wäsche werden derartige Preise verlangt, daß deren Anschaffung beinahe so gut wie ausgeschlossen ist. — Das Geld ist derart entwertet, daß man 3. Jt. für 1 Mark 3 Kronen 60 Heller erhält und für 1 Mk. 4 Kronen bezahlen muß. Dies hat zur Folge, daß ganze Karawanen von Schiebern und Schleichhändlern alle ihnen erreichbaren Sachen über die Grenze nach Bayern schaffen. — Herr Kaufmann Kessler in Limburg hat es bereits unternommen eine Anzahl von Kindern aus Stadt Salzburg und Umgebung nach Limburg zu bringen. Diese werden unter Begleitung einer Lehrerin demnächst von Salzburg abreisen, doch wird vorher eine Liste aus Salzburg eintreffen, worin der Beruf der Eltern sowie Alter, Geschlecht, Schulbildung und Charaktereigenschaften etc. der ausgewählten Kinder bekannt gegeben werden, wonach sich jeder, welcher sich zur Aufnahme eines oder mehrerer Kinder bereit erklärt, diese sich selbst auswählen kann. — Herr Jlk hofft, daß es ihm gelingen wird, auch in Nassau eine Anzahl Kinder unterzubringen und möchte wir dies Bestreben aufs wärmste unterstützen. — Anmeldungen zur Aufnahme von Kindern oder wenn dies nicht möglich ist, Geldspenden für Reisekosten und Unterstützung der Angehörigen, werden außer bei uns auch noch auf dem Bürgermeisteramt sowie bei Herrn Jlk (Hotel Müller) entgegengenommen und sowohl im Nassauer Anzeiger als auch später im Salzburger Volksblatt ausgewiesen.

Zur Kartoffelfrage.

Seit der letzten Ernte wurde auf Geheiß der deutschen Behörde bestimmt, daß die zur Verpflegung des französischen Besatzungsheeres nötigen Kartoffeln von der Kriegswirtschaftsstelle zu Mainz zu liefern wären.

Die von jedem Kommunalverband abzugebenden Mengen wurden gemäß den Schätzungen der in jedem Kreise festgestellten Ernte festgelegt.

Da aber die deutsche Kriegswirtschaftsstelle ihren Verpflichtungen nicht hat nachkommen können in Folge, wie sie sagt, der geringen von den Erzeugern gelieferten Mengen, so ist die französische Armee, um sich die Kartoffeln, die sie nötig hat, zu verschaffen, gezwungen, sich an die Landwirte zu wenden und mit ihnen direkt zu verhandeln.

Die Mengen, die die deutschen Kriegswirtschaftsämter an die Intendantur abgeben und die sie in Zukunft ihr weiterhin liefern sollen, werden von denjenigen Mengen in Abrechnung gebracht, die die obengenannte französische Verwaltung durch ihre nach Belieben vereinbarten Ankaufe auflagern wird.

Außerdem ist hierbei noch zu bemerken, daß die Kartoffel für den Franzosen nicht die Grundlage seiner Nahrung bildet, wie es für den Deutschen der Fall ist. Die Mengen, die das französische Heer nötig hat, sind sehr gering, wenn man sie mit der Erzeugung des Landes vergleicht; sie erreichen nicht einmal den 200. Teil der gesamten Ernte des von der Rheinarmee besetzten Gebietes.

e Oberwes, 3. Januar. Bei der erneut vollzogenen Bürgermeisterwahl, Landwirt Schönberger hat das Amt bekanntlich abgelehnt, wurde der Landmann Heinrich Pfaff zum Bürgermeister unseres Dorfes gewählt.

•• Von der Post. Postpakete nach Finnland können auf dem Seewege über Stettin bis auf weiteres nicht befördert werden.

Abnahme der Klebringe von den Bäumen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Klebringe jetzt abgenommen und verbrannt werden müssen. Alsdann ist die Stelle, wo der Klebring angelegt war, mit einer scharfen Bürste abzuräumen.

Nassau, den 7. Januar 1920.

Die Polizei-Verwaltung:
Häfenleber.

Einem hiesigen Einwohner sind am 31. Dezember anonym im Briefumschlag 20 Mk. überhandt worden. Dieser Betrag wurde mir überwiesen für den Kriegerdankfonds; über den Empfang wird hiermit quittiert.

Nassau, 8. Januar 1920.

Häfenleber, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Am Vicinalweg Nassau-Hörsberg, Distrikt Tiergarten, sind etwa 150 Ruten Ackerland zu verpachten. (Das Gelände ist 3. Jt. mit abgebrannten Tannen bestanden.) Verpachtung findet am Montag, den 12. Januar, mittags 12 Uhr, im Rathaus statt.

Nassau, 9. Januar 1920.

Der Magistrat:
Häfenleber.

Bekanntmachung.

Befunden: Ein Schlüssel.
Nassau, 5. Januar 1920.

Die Polizeiverwaltung:
Unverzagt,
Beigeordneter.

Nachrichten des Wirtschaftsamt des Stadt Nassau.

Butter.

In den Geschäften J. W. Kuhn und Köhler Konsum wird am Samstag, den 10. Januar, auf Abschnitt 3 der Fettkarte 50 Gramm Butter ausgegeben und zwar an Inhaber der Karten Nr. 1148—1575. Ausgabe an die übrigen Karteninhaber erfolgt später. Die Abschnitte behalten bis dahin Gültigkeit, wenn sie an den Karten verbleiben.

Bereinsnachrichten.

„Sportverein Nassovia“. Samstag abend 8 Uhr Verammlung im Vereinslokal (Scheuer).

Stenographenverein „Gabelberger“. Freitag abend Anfängerlehrgang für ältere Personen. Sonntag mittags 12,50 Uhr Zusammentreffen am Bahnhof zur Abfahrt zum Emsjer Wetttschreiben. Alles muß zur Stelle sein.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen, sowie für die zahlreichen Kranzspenden sagen wir allen recht herzlichen Dank.

Besonderen Dank den Bäckermeistern von Nassau für die unserem Entschlafenen erwiesene letzte Ehre.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Henriette Hombach u. Kinder.

Durchaus erfahrener **Heizer** gesucht, un-
verh., evgl.

Meldg. mit Zeugn. und Behaltsansprüchen bei vollständig freier Station an die **Direktion der Erziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern b. Nassau-Lahn.**

Nur für Wirte und Wiederverkäufer!

Englische und amerikan. Zigaretten
Zigarren aus la. Uebersetabaken
Alb. Strauss, Nassau-Lahn.

Reiner Kautabak

Röllchen N. 1,75 (Vorschriftspreis der Fabriken)

Raucherlust

edler Tabak, 1/4 Pfd. N. 6,25

zu haben im

Zigarrengeschäft Rud. Degenhardt.

Schäferereigesellschaft Nassau.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß das Zutreiben fremder Schafe zur hiesigen Herde, wegen der im Unterlahnkreise stark aufgetretenen Räube, strengstens untersagt ist. Zuwiderhandelnde werden für etwaige Folge verantwortlich gemacht.

Der Vorsitzende.

Damen - Friseur - Salon HEDWIG BRAMM

empfehl:

Drahtes Birkenwasser, Lebal's Haartinktur
Flüssige Teerseife, Flüssige Kamillenseife

Parfümerien

Leichner's Felpuder und Puderpapier

Sämtliche Artikel zur Handpflege

Zahnbürsten, Zahnpasta, Well-, Locken-,

Kreppeisen, Haarbürsten, einf. u. doppelte

Haarnetze. Grosse Auswahl in eleganten

Haargarnituren, u. s. w.

Zu verkaufen:

Gut erhaltener
gußeisener Kessel
(175 Liter fassend) zu verkauf.
Nah. Nass. Anzeiger.

Reisedecke
Anabenwintermantel
Füllhut
Seidenstoffe
große Standfigur
Bilder
Gemälde
Rippesachen
Spießsachen
Eisführer
Hundehütte.

Guterhaltener
Flügel oder Piano

zu kaufen gesucht gegen Kasse.
Angebote mit Preisangabe unt.
N. 20 an die Geschäftsstelle.

Frau Landrat Helmentag,

Kirchstraße 2.

Edamer Käse

eingetroffen bei
J. W. Kuhn, Nassau.

Gottesdienstordnung

für Sonntag, den 11. Januar 1920.
Evangel. Kirche Nassau.

Vorm. 9 1/2 Uhr: Herr Pfarrer Moser. Vorm. 10 1/2 Uhr: Kindergottesdienst. Vormittags 10 1/2 Uhr Sitzung der vereinigten kirchl. Körperschaften im Rathaus. Nachm. 2 Uhr: Herr Pfarrer Lic. Frentius. Die Amtshandlungen hat Herr Pfarrer Moser.

Kathol. Kirche Nassau.

Vorm. 7 1/2 Uhr: Frühmesse. 10 Uhr: Hochamt. 2 Uhr: Andacht.

Dienethal.

Vorm. 10 Uhr: Predigt.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Bibeltunde in Sulzbach.

Obernhof.

Vorm. 10 Uhr: Predigt.

Die Justizreform.

Der Reichsjustizminister Schiffer machte bei einem Presse-Empfang Mitteilungen über die bevorstehende Justizreform. Die bereits veröffentlichte Novelle zur Gerichtsverfassung sowie der neue Entwurf eines Gesetzes über den Rechtsgang in Strafsachen, die frühere Strafprozessordnung, befinden sich bereits beim Reichsrat. Das neue Jugendgerichtsgesetz ist im wesentlichen fertig gestellt und dürfte demnächst das Kabinett beschäftigen. Von dem anfangs vorgesehenen Gedanken, eine Teilreform durchzuführen, ist Minister Schiffer abgekommen. Es soll nun das ganze Werk der Strafprozessordnung umgestaltet werden. Dabei verheißt sich der Minister nicht, daß nach der Aenderung des neuen Strafgesetzes wiederum einige Aenderungen des Rechtsganges der Strafsachen notwendig werden. Die Führer der Parteien der Nationalversammlung haben sich sämtlich der Ansicht des Reichsjustizministers angeschlossen, so daß es möglich sein wird, die gesamte Justizreform in der Nationalversammlung zum Abschluß zu bringen. Die wesentlichen Kennzeichen dieser Reform bestehen darin, daß die Stellung des Strafrichters gehoben, die Zahl der Richter vermindert wird. Das Laienelement wird in hohem Maße zur Mitwirkung berufen, der Kreis der Schöffen und Geschworenen durch Frauen und Lehrer erweitert. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Reichsrat seine Beratungen so schnell werde beenden können, daß die Gesetze der Nationalversammlung bei ihrem Wiederkunft vorliegen. Bei der Organisation der Strafgerichte hat sich herausgestellt, daß sie in ihrer jetzigen Form nicht aufrecht zu erhalten sind. Die Schöffengerichtsverfassung wird künftighin auch für die Strafkammer Geltung haben. Als Gerichte erster Instanz sind nur Amtsgericht, Schwurgericht und Reichsgericht vorgesehen. Die Strafkammer bei dem Landgericht gilt als Berufungsgericht. Sie setzt sich aus zwei Berufsrichtern und zwei Laienrichtern zusammen. Mehrere Amtsgerichte werden künftig zu einem Strafgerichtszirkel in Zukunft mit Schöffen besetzt werden, so gewinnt die Frage, wer als Schöffe zu fungieren hat, eine ganz besondere Bedeutung. Grundsätzlich werden Frauen bei Aburteilungen ihrer Geschlechtsgenossinnen als Schöffinnen zugelassen. Bei dem Rechtsgang in Strafsachen wird in Zukunft die Rechtsstellung des Beschuldigten verbessert werden. Der Staatsanwalt muß den Beschuldigten hören, bevor Anklage erhoben wird. Der Verlehr des Verteidiger mit dem Angeklagten unterliegt keinerlei Beschränkung. Die Akteninsicht, auch in die Akten der Staatsanwaltschaft, wird dem Verteidiger grundsätzlich gewährt. Die gerichtliche Voruntersuchung soll künftig in Vorfall kommen und durch Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ersetzt werden. Ebenso soll beim Zwischenverfahren auch der Eröffnungsbeschluss wegfallen. Bei der Hauptverhandlung wird das Verhör auf eine andere Basis als bisher gestellt. Ferner soll an Stelle der Privatklage die Eigenklage treten. Das Sühneverfahren wird ausgebaut werden. Künftig wird auch die Möglichkeit bestehen, beim Strafverfahren einen Schadenersatzanspruch anhängig zu machen. In der Frage der Strafvollstreckung wird der Entwurf den urteilstellenden Richter zum Organ der Strafvollstreckung machen. In dem neuen Jugendgerichtsgesetz soll es dem Richter überlassen bleiben, ob eine Bestrafung, ob Erziehungsmaßregeln oder ob beides in Anwendung zu bringen ist. Die Strafmündigkeitsgrenze wird von 12 auf 14 Jahre erhöht. Weiter bringt der Entwurf die bedingte Strafaussetzung nach einer Bewährungsfrist, die bis auf fünf Jahre ausgedehnt werden kann. Auf die Vollstreckung der Strafen soll weit mehr als bisher durch gerichtliche Maßnahmen hingewirkt werden. Zu allen Jugendgerichten sollen Frauen und Volksschullehrer ausnahmslos zugelassen werden. Es soll niemals ein Urteil gegen den Willen einer Frau gefällt werden. Beim Schöffengericht werden ein Mann und eine Frau als Laienrichter fungieren, in der Berufungsinstanz ein Mann und zwei Frauen. Minister Schiffer gab sich in den Schlussausführungen der Hoffnung hin, daß nach dem heutigen Entwurf weniger angeklagt und weniger verurteilt werden dürften.

Kleine Chronik.

BetriebsEinstellung. Die Firma Ludwig Löwe u. Co. in Berlin sah sich gezwungen, den gesamten Betrieb vorläufig einzustellen, da die Kohlenreserven vollständig aufgebraucht sind.

Schiffsuntergang. Der holländische Dampfer „Anton van Driel“ ist westlich von Kap Raco gescheitert. Mehrere Boote des Dampfers wurden ausgelegt konnten aber das Land nicht erreichen. Einige Personen befinden sich noch an Bord, ihre Lage erscheint hoffnungslos.

Die Rebakteure aller kommunistischen Blätter in den Vereinigten Staaten wurden verhaftet. In Newark ist ein geheimes Waffendepot entdeckt worden mit vielen Gewehren und mehreren Bomben. Man erklärt, daß die Kommunisten, die in den jüngsten Tagen festgenommen wurden, einen gewaltsamen Sturz der Regierung vorbereitet hatten. Es wurden sehr viele Dokumente beschlagnahmt. Insgesamt wurden 4500 Extremisten verhaftet, von denen über die Hälfte ausgewiesen wird.

Berlin. Wie der „Abend“ aus London m. Tel. hat der „Daily Telegraph“ mit der Veröffentlichung einer Reihe von österreichischen Dokumenten begonnen, die aus dem Jahre 1916 bis November 1917 stammen. Sie behandeln den Versuch Österreichs einen Sonderfrieden zu schließen, darunter zwei Briefe Kaiser Karls und mehrere Briefe des Prinzen Eitel von Parma.

Berlin. Wie der „Volkszeitung“ meldet, ist in St. Martin der ehemalige König von Montenegro, Nikola, an einem Bluthurz schwer erkrankt.

République Française.
Administration des Territoires
Allemands Occupés.
CERCLE d'UNTERLAHN.
(Hesse-Nassau).

Bekanntmachung.

Laut Verfügung des Herrn Oberbefehlshabers der franz. Rheinarmee ist Verkauf, Verbreitung, Verteilung und Inbesitzhaben der illustrierten Zeitschrift

„Jugend“

im französischen Besatzungsgebiet endgültig verboten.

Dies, den 4. Januar 1920.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
Chatras, Major.

République Française.
Administration des Territoires
Allemands Occupés.
CERCLE d'UNTERLAHN.
(Hesse-Nassau).

Bekanntmachung.

Laut Befehls des Herrn Oberbefehlshabers der franz. Rheinarmee sind nachfolgende Werke:

1. Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag von Leo N. Trozky,
2. Der Zusammenbruch des Imperialismus und die Aufgaben der internationalen Arbeiterklasse v. Karl Bedek

im Bereich des franz. Besatzungsgebiete unterjagt.
Dies, den 22. Dezember 1919.
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
Chatras, Major.

On. R. 16
zu 1

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 16 folgendes eingetragen worden:

Spalte 2: Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatz-Genossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, zu Nassau (Lahn).

Spalte 3: 1) Gemeinschaftlicher Einkauf von Verbrauchsstoffen und Gegenständen des landwirtschaftlichen Betriebs; 2) gemeinschaftlicher Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Spalte 4: Die Haftsumme beträgt 200 Mark. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile, auf welche ein Genosse sich beteiligen kann, beträgt 20.

Spalte 5: Vorstand:
1. Emil Pape, Landwirt, Nassau,
2. Max Jörn, Schreinermeister, Nassau,
3. Wilh. Kurz 3., Wagnermeister, Nassau.

Spalte 6: a) Statut vom 27. Oktober 1919.
b) Die von der Genossenschaft ausgehenden öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma der Genossenschaft, gezeichnet von 2 Vorstandsmitgliedern. Sie sind in dem Nassauischen Genossenschaftsblatt Wiesbaden aufzunehmen. Beim Eingehen dieses Blattes tritt an dessen Stelle bis zur nächsten Generalversammlung, in welcher ein anderes Veröffentlichungsblatt zu bestimmen ist, der deutsche Reichsanzeiger.
c) Die Willenserklärung und Zeichnung für die Genossenschaft muß durch 2 Vorstandsmitglieder erfolgen, wenn sie Dritten gegenüber Rechtsverbindlichkeit haben soll. Die Zeichnung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift beifügen.
Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden Jedem gestattet.

Nassau, den 2. Januar 1920.

Das Amtsgericht.

1000 Stück
sortierte Taschentücher
zum Ausfuchen, eingetroffen.
Albert Rosenthal, Nassau.

On. R. 17.
zu 1.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 17 folgendes eingetragen worden:

Spalte 3: Spar- und Darlehnskasse, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht zu Winden.

Spalte 3: 1) Der Betrieb einer Spar- und Darlehnskasse zur Pflege des Geld- und Kreditverkehrs sowie zur Förderung des Sparfinns.
2) An- und Verkauf landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und Erzeugnisse.

Spalte 5: Vorstand:
1. Philipp Schuster, Landwirt
2. Wilhelm Gies, Landwirt
3. Heinrich Brühl, Landwirt
sämtlich in Winden.

Spalte 6: a) Statut vom 21. Dezember 1919.
b) Die von der Genossenschaft ausgehenden öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma der Genossenschaft, gezeichnet von 2 Vorstandsmitgliedern.

Sie sind in dem Nassauischen Genossenschaftsblatt Wiesbaden aufzunehmen. Beim Eingehen dieses Blattes tritt an dessen Stelle bis zur nächsten Generalversammlung, in welcher ein anderes Veröffentlichungsblatt zu bestimmen ist, der Deutsche Reichsanzeiger.

c) Die Willenserklärung und Zeichnung für die Genossenschaft muß durch 2 Vorstandsmitglieder erfolgen, wenn sie Dritten gegenüber Rechtsverbindlichkeit haben soll.

Die Zeichnung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift beifügen.

Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichts Jedem gestattet.

Nassau, den 2. Januar 1920.

Das Amtsgericht.

Männer-Gesang-Verein Nassau.

— Begr. 1843. —

Sonntag, den 11. Januar 1920, nachm. 3 Uhr:
Spaziergang nach der Elisenhütte

zu Mitglied August Schulz. Derselbst gemüthliche Unterhaltung, wozu alle Ehren-, inaktiven und aktiven Mitglieder mit ihren Familien, sowie Freunde und Gönner des Vereins freudl. eingeladen sind. Für gute Getränke und Speisen ist bestens gesorgt. Zusammenkunft 2½ Uhr bei G. Henninger.
Der Vorstand.

Allgem. Ortskrankenkasse für den Unterlahnkreis
Sektion Nassau.

Wegen Jahresabschluss sind sämtliche rückständigen Beiträge aus 1919 bis zum 15. Januar an die Kasse zu entrichten, andernfalls Zwangsbeitreibung erfolgt. Der Vorstand.

Reines Schweineschmalz,

in vorzüglicher Ware,

empfiehlt J. W. Kuhn, Nassau.

Ein braves
Mädchen
zum 1. Februar gesucht.
Mink, Emserstr. 33.

Ein neuer
Kochherd
zu verkaufen.
Näh. in der Geschäftsstelle.

Heirat!
Bermögende Heiraten
für Herren und Damen vermittelt sofort und diskret
„Concordia“ Berlin O 34.

Stummwaren
Mutterpritzen, Frauentropfen,
sanitäre Frauenartikel.
Anfragen erbeten an
Versandhaus Heusinger,
Dresden 712 :: Am See 37.

Briefstasche

mit Inhalt: 6. — „A. Ausweis
und Photographien verloren.
Wiederbringer erhält 15. — „A.
Belohnung.
Näh. an die Geschäftsstelle.

Modellschlitten

neue Sendung eingetroffen bei
J. W. Kuhn, Nassau.

Gesucht

baldisch, spätestens zum 1. Februar, besseres Hausmädchen
welches nähen kann.
San.-Rat Wagner, Bendorf,
Hauptstr. 114.

Deutsche Kernseife

150 Gr.-Stück „A. 1,50
300 „ „ 3. —
bei J. W. Kuhn, Nassau.

25000 Mk.

(auch geteilt) auszuliehen. Anfr.
unt. N. 3. 22 an die Geschäftsstelle.
Porto beifügen.

OFENLACK

zu haben bei
J. W. Kuhn, Nassau.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nassauischen Landesbank.

| % | | Geld | Brief | % | | Geld | Brief | % | | Geld | Brief | Devisen | Geld | Brief |
|-------|------------------|-------|-------|-------|-------------------------|--------|-------|-------|------------------------|-------|-------|------------|------|-------|
| 4 | Nass. Landesbank | 98, — | — | 4 | Frankf. Hyp.-Bank | 100, — | — | 5 | Deutsche Reichsanleihe | 77,50 | — | Frankreich | — | — |
| 3 1/2 | „ „ | 91,50 | — | 3 1/2 | „ „ | 87, — | — | 4 | „ „ | 64,50 | — | Holland | 1872 | 1875 |
| 3 1/2 | „ „ | 87,50 | — | 4 | Frankf. Hyp.-Credverein | 95,75 | — | 3 1/2 | „ „ | 59,20 | — | Schweiz | 880 | 882 |
| 3 | „ „ | 79,50 | — | 3 1/2 | „ „ | 84, — | — | 3 | „ „ | 59,75 | — | Schweden | 1069 | 1071 |